

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8038/39  
Telex: 886846 ppbn d  
Telefax: 21 0664



## Inhalt

Gerd Walter MdEP zur Wirkung des Golfkrieges auf die Gemeinschaft: Die europäische Integration stimulieren.

Seite 1

Dieter Schanz MdB zur Entwicklung in Südostasien: Abschließende Kambodscha-Friedenskonferenz längst überfällig.

Seite 2

Walter Knauer MdL zur Notwendigkeit, sich bei der Bundespost einheitsgerecht zu verhalten: Innerdeutsche Telefonate teurer als Anrufe in ferne Metropolen.

Seite 3

### Dokumentation

Die Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Frakturen des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften sowie der Deutschen Gruppe der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments haben eine Entschließung zur Hilfe für die neuen Bundesländer verfaßt.

Wortlaut

Seite 5

46. Jahrgang / 33 /

18. Februar 1991

### Die europäische Integration stimulieren

Zur Wirkung des Golfkrieges auf die Gemeinschaft

Von Gerd Walter MdEP

In Europa findet eine atemberaubende Entwicklung statt: Wo gestern noch Euphorie und Aufbruchstimmung herrschte, ist spätestens im Gefolge des Kriegs am Golf Katzenjammer eingeleitet:

- Statt die Idee vom "Gemeinsamen Haus Europa" voranzutreiben, droht der Wunsch nach Selbstbestimmung in Nationalismus und Separatismus umzuschlagen, in Osteuropa ebenso wie in Jugoslawien.
- Krise und Krieg am Golf lassen die Mitgliedstaaten der EG wieder jämmerlich auf die Rolle der Nationalstaaten zurückfallen; ihre feierliche Erklärung beim Dezember-Gipfel in Rom, die EG zur ernstzunehmenden Politischen Union ausbauen zu wollen, haben die Staats- und Regierungschefs offenbar vorerst wieder zu den Akten gelegt.
- Europa zeigt sich heute, wie es nicht sein darf: Außenpolitisch ohnmächtig, uneinig, ohne eigene Initiative - kurz: kein ernstzunehmender Partner, weder für die USA noch für die Hilfe suchenden Länder Osteuropas oder gar die krisengeschüttelten Länder des Nahen Ostens.

Ist der "europäische Frühling" schon verfliegen, bevor er richtig begonnen hat? Haben die Hoffnungen der Menschen überall in Europa getrogen, nach dem Wegfall der Blockgrenzen sei eine gemeinsame und friedliche Zukunft aller Europäer in greifbare Nähe gerückt?

Allem Anschein zum Trotz: Die weitere Einigung Europas bleibt ohne Alternative; der Ausbau der (west-) Europäischen Gemeinschaft zur Politischen Union ist unverzichtbare Voraussetzung für eine gemeinsame und friedliche Zukunft in Gesamt-Europa:

- Das wiederauflebende Vertrauen in den Nationalstaat ist eine gefährliche Illusion: Kein Staat allein kann heute mehr die grenzüberschreitenden ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Europa lösen; und kein Staat darf im Zeitalter von Massenvernichtungswaffen mehr so souverän sein, allein über Krieg und Frieden zu entscheiden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit. zuzügl. Mwst und Versand.

Wendeltorn Umgang  
wir verwenden Rohstoffe  
Recycling-Papier



- Die Entwicklung in Osteuropa verlangt nach einer stabilen Neuordnung Europas: Hunger, Umweltkatastrophen, eine Völkerwanderung von Ost nach West wären das Ende des politischen Frühlings in Europa. Wenn wir nicht die Mauern wieder aufbauen wollen, die die Völker Osteuropas unter unserem Beifall niedergerissen haben, müssen wir den Weg zu einem europäischen Bundesstaat gehen. Sein Kern kann nur eine vertiefte EG im Westen sein.
- Diese EG aber ist heute wirtschaftlich ein Riese, politisch dagegen nur ein Zwerg. Ihrer Verantwortung und ihren Möglichkeiten in der Welt wird sie damit nicht gerecht. Der Krieg am Golf ist das Alarmsignal für die sozialen, politischen und religiösen Probleme in dieser Region, für deren Lösung die Europäer mehr Verantwortung übernehmen müssen. Heute fehlenden Einfluß aber werden die Europäer nur gewinnen können, wenn sie - anders als in der Golf-Krise - mit einer Stimme sprechen.
- Die Einigung Europas muß schließlich die Antwort auf die Einheit Deutschlands sein: Unsere europäischen Nachbarn befürchten, das größer gewordene Deutschland könne Europa ökonomisch und politisch dominieren. Klar ist: Die deutsche Einheit hat das Gleichgewicht in Europa verschoben. Es wieder herzustellen und die befürchtete Übermacht der Deutschen zu verhindern, erfordert die europäische Einbindung der Deutschen. Ohne die Politische und die Wirtschafts- und Währungsunion wird dies nicht gehen.

Das alles zeigt: Auf die Tagesordnung gehört jetzt die Utopie der "Vereinigten Staaten von Europa". Die EG muß jetzt zum Kern eines (gesamt-)europäischen Bundesstaats ausgebaut werden, der wirtschaftlich eng verflochten, außenpolitisch handlungsfähig, demokratisch und sozial ist. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, weitere Kompetenzen "nach Brüssel" abzugeben.

Anderenfalls könnte wahr werden, was heute schon Kommentatoren unken: Erster Verlierer am Golf sei die EG. In der Tat: Wenn jetzt die Verwirklichung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nicht entschiedener und schneller vorangetrieben wird, dann könnte der Krieg am Golf das Ende der politischen Integration Europas sein. Auf dem Spiel steht die gemeinsame Zukunft aller Europäer.

(-/18.2.1991/rs/tü)

\*\*\*\*\*

### **Abschließende Kambodscha-Friedenskonferenz längst überfällig** Zur Entwicklung in Südostasien

Von Dieter Schanz MdB

**Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages**

Die internationalen Bemühungen zur friedlichen Lösung des Kambodscha-Konflikts müssen auch angesichts des Golfkrieges weitergehen.

Das nunmehr bereits vor einem halben Jahr von den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates verabschiedete Dokument zur Lösung des Kambodscha-Konfliktes sollte endlich in politische Realität umgesetzt werden.

Ein längeres Hinauszögern politischer Taten kann die sowieso angeschlagene politische Stabilität ernsthaft gefährden wie die jüngst wieder aufflackernden Kampfhandlungen der Khmer-Rouge-Guerrillas in den Provinzen Battambang und Kampong Cham in brutaler Weise signalisieren. Hier entfacht eine Gruppe der politischen Opposition, die sich während der gesamten Bemühungen um eine Friedenslösung für Kambodscha sehr destruktiv verhalten hat, erneut

einen Bürgerkrieg und gefährdet damit das Leben der Menschen, für die sie vorgibt, zu kämpfen.

Wenn die internationale Staatengemeinschaft hier nicht endlich wieder tätig wird, d.h. nicht jene Kräfte unterstützt, die ernsthaft um eine friedliche Lösung des Konfliktes und die Demokratisierung des Landes bemüht sind, dann werden möglicherweise alle politisch so erfreulichen Schritte des vergangenen Jahres auf dem Weg zur Friedenslösung verspielt und Kambodscha erneut in einen Bürgerkrieg gestürzt werden.

Die politischen Konkurrenten in Kambodscha müssen wieder auf den Boden des bereits vertraglich festgelegten Minimalkonsenses zur Demokratisierung Kambodschas (Errichtung eines Nationalrates, etc.) zurückfinden und den von allen propagierten Willen zu Demokratie und Verwirklichung der Menschenrechte endlich in konkretes Handeln umsetzen. Die internationale Staatengemeinschaft hat hier die Pflicht - gerade angesichts des politischen Desasters am Golf - mitzuwirken und eine Ausweitung des Bürgerkrieges unter allen Umständen zu verhindern.

Kleinkariertes Parteidenken und einseitiges Machtkalkül dürfen hier nicht im Vordergrund stehen. Geschieht aber nicht bald etwas, werden sich gerade jene Elemente durchsetzen, den von vornherein niemals ernsthaft an einer friedlichen Demokratisierung gelegen war.

Kambodscha darf jetzt nicht von der Weltgemeinschaft im Stich gelassen werden. Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, hier politisch initiativ tätig zu werden. Es ist höchste Eile geboten.

(-/18.2.1991/rs/fü)

\*\*\*\*\*

**Innerdeutsche Telefonate teurer als Anrufe in ferne Metropolen**  
**Zur Notwendigkeit, sich bei der Bundespost einheitsgerecht zu verhalten**

**Von Walter Knauer MdL**  
**Post-Experte der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag**

Zwar wurde schon vor der Einheit Deutschlands immer wieder gerade von konservativer Seite beteuert, daß die alten und die neuen Bundesländer nie mehr Ausland sein sollen, doch die Post hält noch immer an der alten DDR-Grenze fest und kassiert dabei kräftig ab. Ein 8-minütiges Gespräch zwischen Sonneberg in Thüringen und dem vier Kilometer entfernten Neustadt bei Coburg kostet 11,04 Mark. Um von Bonn aus genausolange mit Madrid, Paris oder London zu telefonieren, muß man nur 9,20 Mark bezahlen. Eine weitere Ungereimtheit: Ferngespräche von Thüringen nach Bayern kosten das Doppelte wie Telefonate von Bayern nach Thüringen.

Dieses Ärgernis muß sofort abgeschafft werden. Zum einen kann niemand verstehen, daß Telefonate zwischen zwei Orten je nach Richtung unterschiedlich kosten. Zum zweiten muß auch die Post endlich zur Kenntnis nehmen, daß es die Deutsche Einheit gibt, und zum dritten ist es höchste Zeit, daß auch im Bereich der ehemaligen DDR-Grenze die ansonsten üblichen Gebührenzonen eingeführt werden. Die jetzige Praxis ist in höchstem Maße schädlich für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern und den neuen Bundesländern und stellt auch einen Affront dar, weil persönlichen Kontakten "nach 40 gestohlenen Jahren" eine neue Barriere über die Telefongebühren in den Weg gestellt wird.

In einem Brief an den Bundespostminister habe ich geschrieben: "15 Monate nach Öffnung der innerdeutschen Grenze hat sich - entgegen anderslautenden Prognosen - in vielen Bereichen bisher wenig geändert. Ein Schrecken für jeden Bürger, ob im Osten oder im Westen, ist noch das Telefonieren. Seit zwei Monaten hat sich zumindest im ehemaligen Grenzgebiet beider

Länder eine kleine Verbesserung eingestellt, die Anzahl der Wählversuche, um einen Gesprächspartner im jeweiligen anderen Teil zu erreichen, hat sich vermindert. Bei größeren Entfernungen ist es aber immer noch ein Glücksfall, es sei denn in der Zeit zwischen 0.00 Uhr und 6.00 Uhr, einen Anschluß zu bekommen.

Was ich jedoch als ein großes Ärgernis bezeichnen möchte, sind die bei diesen Gesprächen anfallenden Gebühren. Gespräche zwischen den alten und neuen Bundesländern und umgekehrt werden immer noch wie Auslandsgespräche abgerechnet. Dabei haben wir schon vor der Wende immer wieder beteuert, daß beide Länder zueinander niemals Ausland sein können.

Zur Gebührenberechnung möchte ich folgende Beispiele aufzeigen: Sonneberg in Thüringen und Neustadt bei Coburg in Bayern liegen einen Steinwurf voneinander entfernt, vier Kilometer von Zentrum zu Zentrum. In den neuen Bundesländern gilt bei Gesprächen in die alten Bundesländer grundsätzlich die Gebührenzone 3. Wer also von Sonneberg nach Neustadt ein 8-Minutengespräch führt, zahlt hierfür 11,04 Mark. Wird das Gespräch jedoch in umgekehrter Richtung geführt, also von Neustadt nach Sonneberg, zahlt der Anrufer für ein 8-Minutengespräch 5,52 Mark. Im Vergleich hier kostet ein 8-Minutengespräch von Neustadt nach Coburg bei dreifacher Entfernung lediglich 23 Pfennige.

Bei jedem logisch denkenden Alt- und Neubundesbürger stellen sich zwei berechnete Fragen:

1. Warum gibt es unterschiedliche Telefongebühren von Ost nach West, bzw. von West nach Ost?
2. Warum werden in Gesamtdeutschland nicht die Gebührenzonen eingeführt, die in der alten Bundesrepublik gelten, auch und besonders bei Telefonaten über die ehemalige Grenze hinweg?

Wenn immer wieder von einheitlichen Lebensbedingungen im neuen Deutschland gesprochen wird, dann müssen diese zum Himmel schreienden Ungereimtheiten abgeschafft werden. Das Telefon als nahezu wichtigstes Kommunikationsmittel ist sowohl zum Aufbau einer funktionsfähigen Wirtschaft in der Ex-DDR als auch zur persönlichen Kontaktpflege zwischen Menschen diesseits und jenseits der ehemals unheilvollen Grenze notwendig. Gerade jene Menschen aus dem ehemaligen Zonengrenzbereich auf beiden Seiten, ich denke besonders an die über 65-jährigen, deren familiäre und freundschaftliche Kontakte über 40 Jahre jäh unterbrochen waren, haben einen Anspruch auf Gleichbehandlung. Sie dürfen für die ihnen gestohlenen Jahre nicht noch durch völlig überhöhte Telefongebühren bestraft werden.

Es kann doch nicht in Ihrem und im Interesse der Deutschen Bundespost sein, daß ein 8-Minutengespräch von Sonneberg nach Neustadt 11,04 Mark kostet, während ein 8-Minutengespräch von Bonn nach Madrid, Paris oder London lediglich 9,20 Mark an Ausgaben verursacht.

Ich bitte Sie hiermit ganz herzlich - auch wenn in den neuen Bundesländern sehr viel für die Aufbau eines modernen Telefonnetzes investiert werden muß - die Gebühren in Gesamtdeutschland zu vereinheitlichen. Das jetzige Gebührensystem belastet sowohl West- als auch Ostbürger. Die Belastungen für die neuen Bundesbürger sind deshalb so gravierend, weil die Gebühren pro Minute höher sind und weil vor allem ihre Einkommen wesentlich niedriger sind.\*

(-/18.2.1991/rs/10)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Sofortiges solidarisches Handeln in neuen Bundesländern erforderlich**

Die Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und Bürger-schaften sowie der Deutschen Gruppe der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parla-ments haben am 14./15.2.1991 in Mainz eine EntschlieÙung verfaÙt, in der sie die Notwendig-keit der Hilfe für die fünf neuen Bundesländer betonen.

Nach der Überwindung der staatlichen Teilung ist die Herstellung einheitlicher Lebensbedin-gungen in Deutschland die vordringlichste politische Aufgabe. Sie erfordert eine massive poli-tische, menschliche und finanzielle Anstrengung für die fünf neuen Länder und für Berlin. Alle müssen an dieser Aufgabe mitwirken.

Die Bundesregierung hat unverantwortlich gehandelt: Statt Solidarität in einer gemeinsamen Anstrengung aller Deutschen zu verwirklichen, hat sie Illusionen und falsche Erwartungen über Schwierigkeiten und Dauer des Weges zur vollen Einheit erzeugt. Die Reaktion ist massive Enttäuschung.

Diese Reaktion ist berechtigt: Die Wirtschaft in den fünf neuen Ländern bricht in weiten Teilen zusammen. Über 3 Millionen Menschen sind arbeitslos. In manchen Regionen erreicht die Ar-beitslosigkeit schon bis zu 50%. Preise und Mieten steigen, die öffentlichen Einrichtungen kön-nen kaum noch finanziert werden. Für das wirtschaftliche und soziale Chaos, die Entmutigung der Menschen und die dramatische Belastung neu gewonnener Freiheit durch massenhafte Arbeitslosigkeit trägt die Bundesregierung die volle Verantwortung.

Die SPD hat von Anfang an die Probleme und die wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Aufgaben im vereinten Deutschland realistisch eingeschätzt. Heute sagen wir, das unwürdige und die Probleme der Menschen verachtende Hin- und Herschieben von Verantwortung zwis-chen den verschiedenen staatlichen Ebenen muß aufhören. Die Bürgerinnen und Bürger im Osten Deutschlands haben Anspruch auf Solidarität. Die sozialen Einrichtungen, die Gemein-den und die Länder müssen in die Lage versetzt werden, ihre Entwicklung eigenverantwortlich zu gestalten. Dazu bedarf es einer klaren Perspektive.

Die SPD-Fraktionsvorsitzenden stellen fest:

1. Die Verwaltungskraft in den Gemeinden und den neuen Ländern muß sofort gestärkt wer-den, denn sonst können öffentliche Investitionen nicht abgewickelt werden und soziale Marktwirtschaft kann sich nicht entfalten. Dazu müssen in größerer Zahl geschulte Verwal-tungskräfte im Rahmen einer gesetzlich festgelegten Quote von den Gemeinden und Län-dern der alten Bundesländer abgeordnet werden.
2. Die bestehenden Unklarheiten im Bodenrecht sind sofort zu beseitigen, weil sie ein massi-ves Investitionshemmnis darstellen.
3. Für private Investitionen müssen endlich klare Rahmenlinien geschaffen werden. Dazu ge-hören finanzielle Voraussetzungen wie erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten und Zulagen auf Investitionen.

Die SPD hat als einzige Partei schon vor den Bundestagswahlen gesagt, daß zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben auch die Einnahmen des Staates gesteigert werden müssen. Die Größe der finanziellen Aufgabe wird bis heute verniedlicht. Diese Haltung der Bundesregierung ist verantwortungslos.

Demgegenüber fordern die SPD-Fraktionsvorsitzenden ein Finanzierungskonzept für die deut-sche Einheit, das den neuen Ländern wirksam hilft, Belastungen sozial gerecht verteilt und den alten Ländern die Möglichkeit zur Erfüllung ihrer Aufgaben läÙt:

1. Der Bund muß auf die geplante Abschaffung der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer

talsteuer, auf die geplante Aufstockung des "Dienstmädchenprivilegs" und auf weitere Steuersenkungen in dieser Legislaturperiode verzichten. Diese Maßnahmen sind sachlich unbegründet, leisten keinen Beitrag zum Aufbau der neuen Bundesländer und entziehen dem Staat, insbesondere den alten Ländern und den Gemeinden, die notwendigen Mittel zur Erfüllung der anstehenden Aufgaben.

2. Im Bundeshaushalt sind Einsparungen vorzunehmen, insbesondere durch eine Absenkung der Verteidigungsaufgaben auf unter 50 Milliarden DM sowie durch den Abbau von Subventionen.
3. Im Rahmen einer großen finanziellen Anstrengung zum Aufbau der neuen Bundesländer ist eine auf vier Jahre befristete Ergänzungsabgabe nach Artikel 106 Grundgesetz einzuführen. Ein Zuschlag von 10% auf die Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 DM/120.000 DM ist sozial verträglich und bringt Mehreinnahmen in Höhe von rund 14 Milliarden DM. Das Aufkommen aus der Ergänzungsabgabe soll ausschließlich und unmittelbar für den Aufbau der neuen Länder und Gemeinden eingesetzt werden. Die Abwicklung dieser Mittel soll mit Hilfe der bewährten Möglichkeiten der Kreditanstalt für Wiederaufbau erfolgen.
4. Der Bund muß seine gegebenen Zusagen zur Finanzierung von Mieten und öffentlichen Personennahverkehrs auch im Jahr 1991 einhalten.
5. Der Zahlungsrhythmus aus dem Fonds Deutsche Einheit muß vorgezogen werden, um die Liquidität der Gemeinden und der neuen Länder zu sichern.
6. Die Länder sollen den Fonds Deutsche Einheit um zunächst 6 Milliarden DM aufstocken. Die Fraktionsvorsitzenden verweisen auf die entsprechenden Beschlüsse der Ministerpräsidenten und der Länderfinanzminister, die entsprechende Leistungen auch vom Bund verlangen. Die Fraktionsvorsitzenden begrüßen ausdrücklich die Bereitschaft der alten Bundesländer, einen zusätzlichen Solidarbeitrag zum Aufbau der neuen Bundesländer zu leisten. In diesem Rahmen soll die volle Einbeziehung der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich rascher verwirklicht werden. Dabei sind die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu zu ordnen.
7. Eine Arbeitsmarktabgabe der freien Berufe und Beamten ist ein allgemeiner Solidarbeitrag zum Aufbau der neuen Länder und gegen Arbeitslosigkeit.

Die Fraktionsvorsitzenden sprechen sich gegen eine weitere Erhöhung der öffentlichen Verschuldung aus. Jede Erhöhung der öffentlichen Verschuldung bedeutet eine weitere Belastung der Kapitalmärkte, in deren Folge eine Erhöhung der Zinsen und damit weitere soziale Ungerechtigkeiten sowie den Verlust jeder finanzpolitischen Solidarität.

Die bisherige Entwicklung gefährdet die wirtschaftliche und soziale Stabilität in ganz Deutschland. Eine entschlossene Kurskorrektur ist notwendig, damit die alten Länder die Fähigkeit zur Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben behalten und damit auch die Möglichkeit zu wirksamer Hilfe gegenüber den neuen Ländern und den Menschen, die dort leben.

(-/18.2.1991/rs/fü)

\*\*\*\*\*